Ausland

Indien

Ende einer Hoffnung

Vor nicht allzu langer Zeit galt Arvind Kejriwal als die politische Lichtgestalt Indiens. Doch nun stecken der Regierungschef des Bezirks Delhi und seine „Partei des kleinen Mannes“ in der Krise. Ausgerechnet Kejriwal, der sich als Antikorruptionskämpfer einen Namen gemacht hat, droht eine Ermittlung durch die Steuerbehörde. Ein ehemaliger Minister aus seinem Kabinett wirft ihm Bestechung vor; Kejriwal spricht von einer Schmutzkampagne. Doch es ist nicht seine einzige juristische Auseinandersetzung: Der indische Finanz- und Verteidigungsminister hat ihn wegen Beleidigung angezeigt. Der Prozess unterhält derzeit das ganze Land – und er zeigt, wie wenig populär Kejriwal mittlerweile in der Hauptstadt ist.

Nach seinem überwältigenden Wahlsieg vor zwei Jahren wurde der ehemalige Rechtsanwalt sogar als möglicher Konkurrent von Premier Narendra Modi gehandelt. Mittlerweile herrscht jedoch der Eindruck, Kejriwal streite sich lieber mit seinen Gegnern herum, als Probleme zu lösen. Viele Häuser in der indischen Hauptstadt sind nach wie vor nicht ans Wassernetz angeschlossen, es gibt zu wenige Busse im öffentlichen Nahverkehr, nur ein Zehntel der angekündigten kostenlosen Kliniken wurde gebaut. Aus diesen Gründen verlor Kejriwals Partei die vergangenen Kommunalwahlen in Delhi haushoch. lh

Japan

Alarm, Alarm

Japans Premier Shinzo Abe nutzt Nordkoreas nukleare Drohgebärden, um die Kriegsangst zu schüren – und seine mehrheitlich pazifistischen Landsleute auf seine Aufrüstungspläne einzustimmen. Wenn Nordkorea Raketen testet, stoppen in Tokio neuerdings teilweise U-Bahnen, selbst dann, wenn die Hauptstadt nicht unmittelbar bedroht ist. Mit einer aufwendigen Anzeigenkampagne und mit Luftschutzübungen bereitet die Regierung die Bevölkerung zudem auf mögliche Attacken vor.

Abe will die Verteidigung massiv ausbauen, die sich letztlich nicht nur gegen Nordkorea, sondern auch gegen den Rivalen China richtet. Geplant ist unter anderem die Anschaffung eines landgestützten US-Raketenabwehrsystems. Für das kommende Jahr peilt Tokio zudem Militärausgaben in Rekordhöhe von rund 41 Milliarden Euro an.

Für Alarmstimmung sorgen auch Spekulationen, nach denen Nordkorea eine U-Bootgestützte Rakete mit erhöhter Reichweite bauen könnte. Am Mittwoch veröffentlichte das Regime ein Propagandafoto, das Diktator Kim Jong Un vor dem Schaubild einer solchen Neuentwicklung namens „Pukguksong-3“ zeigt.

In Japan wird der Ruf nach Aufrüstung überdies bestärkt durch Zweifel an der Schutzmacht Amerika: In der vergangenen Woche kollidierte ein US-Kriegsschiff nahe Singapur mit einem Öltanker, es war der zweite Unfall dieser Art in nur drei Monaten. Die US-Marine stoße im Pazifik offenbar an die Grenzen ihrer Belastbarkeit, heißt es in Tokio. Japan müsse selbst mehr für seine Verteidigung tun. Eben darum geht es Abe, der schon länger die Friedensverfassung von 1946 revidieren will. ww

ISSEI KATO / REUTERS

Japanische Soldaten bei einer Militärübung am Donnerstag

Fußnote

593

Migranten hat die spanische Seerettung an nur einem Tag in der vergangenen Woche nahe der Straße von Gibraltar aufgegriffen; sie überquerten die Meerenge mit Ruderbooten, Fischerkähnen und Jetskis. Das ist die höchste Zahl seit drei Jahren. Bisher gelangten in diesem Jahr insgesamt 8385 Migranten auf dem Weg von Marokko nach Spanien – ein Grund für die Zunahme ist, dass die Route über Libyen nach Italien gefährlicher wird.

Hahn im Korb

Am Mittwoch wurde in Angola gewählt, und Langzeitpräsident José Eduardo dos Santos trat nach 38 Jahren nicht wieder an. Mehr Demokratie bedeutet das nicht: Seinen Nachfolger hat er mitbestimmt, er selbst zieht weiter die Fäden. Angola ist der zweitgrößte Ölproduzent des Kontinents, die meisten Bewohner sind trotzdem bitterarm – die Präsidententochter aber ist die reichste Frau Afrikas. Zufall, natürlich. Santos' Partei wird wohl weiter regieren, trotz aller Proteste der Anhänger der Oppositionspartei Unita, hier bei einer Kundgebung. Der Hahn ist ihr Wappentier.

MARCO LONGARI / AFP

Analyse

Viel Frust, wenig Plan

Warum Amerikas neue Afghanistan-Strategie den Konflikt noch anfachen wird

Am Montag verkündete der US-Präsident seine neue Afghanistan-Strategie: Er entsendet mehr Soldaten, die vor allem den Terror bekämpfen sollen. Das war zwar martialischer formuliert, klang aber ansonsten erst einmal nicht anders als das, was auch seine Vorgänger getan hatten. Mit einer Ausnahme: Donald Trump hat Indien gebeten, in Afghanistan eine größere Rolle zu übernehmen. Und das ändert viel.

Trumps Vorgänger hatten Delhis Versuche, sich intensiver am Hindukusch zu engagieren, stets abgelehnt. Aus gutem Grund, denn indische Entwicklungshelfer, Regierungsberater oder gar Soldaten in Afghanistan – das dürfte in Pakistan die Alarmstufe Rot auslösen. Die beiden Atommächte sind verfeindet; Pakistans Unterstützung der Taliban dient wesentlich dazu, den Einfluss Indiens in Afghanistan zurückzudrängen. Mit ihrem Appell an Delhi demonstrieren die USA ihre deutlich verminderte Wertschätzung gegenüber einem ihrer bisher wichtigsten regionalen Alliierten. Denn Islamabad bekämpft zwar Terrorgruppen wie al-Qaida, jedoch unterstützt der Geheimdienst zugleich Taliban-Netzwerke, die für einen Großteil des Terrors in Afghanistan verantwortlich sind. Auch viele der über 2300 dort getöteten US-Soldaten sind ihm zum Opfer gefallen. Und das, obwohl die USA jährlich Millionen Dollar für den Antiterrorkampf nach Islamabad überweisen. Der Frust der Amerikaner ist also verständlich.

Die Folge allerdings dürfte sein, dass die Lage weiter außer Kontrolle gerät, dass Pakistan sich noch weniger kooperativ zeigt, etwa was den Transport von militärischem Nachschub angeht. Auch eine Versöhnung zwischen den Taliban und der Regierung in Kabul wird unwahrscheinlicher. Und das in einer Zeit, in der sowohl Russland wie Iran in dem Land mitmischen und mit Splittergruppen der Taliban kooperieren.

Es gibt viele gute Gründe, sich mit Pakistan anzulegen. Die Risiken sollten dabei jedoch gut abgewogen sein. Nach einer echten Strategie sieht Trumps Plan nicht aus. Susanne Koelbl